

Ergebnisprotokoll

über die 13. Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
(VIII. Wahlperiode)
am 23. Juni 2016

Tagungsort: Sitzungssaal 8A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 9:00 Uhr **Ende:** 9:25Uhr

Teilnehmer: Herr Uwe Kraft,
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Herr Böttcher	Herr Heim	Frau Jansen	Herr Röttger i.V.
Herr Gerfelder i.V.	Herr Herkströter i.V.	Frau Loizides	Herr Dr. Sydow
Herr Göllner i.V.	Frau Huf	Frau Rinn	

Fraktionsgeschäftsführer/in: Frau Suffert Herr Jung

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck Herr Krämer
Herr Huber-Braun

Schriftführerin: Frau Scheuermann

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Vilbel im Gebiet: „Im Schleid - West (Segmüller)“ - **Drs. Nr. VIII / 56.1 und VIII / 56.0**
2. Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen. - **Drs. Nr. VIII / 67.10**
3. Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, **Herr Uwe Kraft**, begrüßte die Anwesenden sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung frist- und formgerecht erfolgt ist. Gegen die vorliegende Tagesordnung gab es keine Einwände.

Zu TOP 1: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Vilbel im Gebiet: „Im Schleid - West (Segmüller)“ - **Drs. Nrn. VIII / 56.1 und VIII / 56.0**

Herr Röttger teilte für die **CDU-Fraktion** mit, dass diese der Vorlage zustimmen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Kraft** über die **Drs. Nr. VIII / 56.1** abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr stimmt der **Drs. Nr. VIII / 56.1** einstimmig zu.

Zu TOP 2: Evaluierung und Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes (REHK) für die Region Südhessen. - **Drs. Nr. VIII / 67.10**

Herr Röttger (CDU) informierte, dass sich seine Fraktion derzeit in der Beratung eines Antrages befinde, der morgen im HPA gestellt werden solle. Aufgrund der Wichtigkeit und Bedeutsamkeit dieses Themas, werde es für sinnvoll erachtet, dass sich die Mitglieder der „neuen“ Regionalversammlung (RVS) mit diesem Thema ausführlich beschäftigen sollten. Er beantragte deshalb die Kenntnisnahme der Drs. Nr. VIII / 67.10 auf die „neue“ RVS zu vertagen. Desweiteren werde in seiner Fraktion dahingehend diskutiert, dass das Regierungspräsidium in der neuen Wahlperiode gebeten werden soll, die noch offenen Fragen in einer öffentlichen Anhörung mit diversen Beteiligten -Einzelhandelsverband, IHK, Gebietskörperschaft etc.- zu erörtern.

Herr Göllner (SPD) unterstütze die Ausführungen von Herrn Röttger. Es handele sich hier um ein komplexes Thema, zu dem nochmals Experten angehört werden sollten.

Herr Böttcher (DIE GRÜNEN) konnte die Ausführungen der Herren Röttger und Göllner nicht nachvollziehen. Bisher sei es gemeinsames Ziel gewesen, dass die „alte“ RVS das REHK zur Kenntnis nehme und dieses zur Grundlage der Entwicklung weiterer Konzepte herangezogen werden solle. Abschließend kritisierte er, dass der von Herrn Röttger für die HPA-Sitzung angekündigte Antrag heute im Fachausschuss noch nicht vorliege.

Frau Rinn (FDP) schloss sich den Aussagen von Herrn Röttger und Herrn Göllner ausdrücklich an.

Unter Hinweis auf die bereits entstanden Kosten für das Gutachten zum REHK kritisierte **Frau Huf (DIE GRÜNEN)**, dass die Fraktionen von CDU und SPD ihre Bedenken zum Zeitablauf nicht früher -vor der Gutachtenvorstellung- geäußert haben.

Herr Röttger (CDU) erklärte, dass es einen Zeitplan gegeben habe unter der Voraussetzung, dass die noch offenen Fragen mit dem Gutachten beantwortet würden. Dies sei jedoch nicht geschehen. Aus Sicht der CDU-Fraktion besitze das Gutachten nicht die Qualität, um ohne weiteres als Basis für das weitere Vorgehen angesehen werden zu können.

Herr Gerfelder (SPD) erläuterte ausführlich, warum seine Fraktion der Kenntnisnahme nicht zustimmen könne. Zum einen sei es ein ungünstiger Zeitpunkt, kurz vor Ende der Wahlperiode, und zum anderen gebe es vielleicht Dinge, die die Fraktionen für wichtig erachten würden, die aber im vorliegenden Gutachten keine Berücksichtigung gefunden hätten. Es müsse doch nun die Möglichkeit bestehen, das noch Fehlende einfordern zu können. Abschließend stellte er fest, dass diejenigen, die den neuen Regionalplan 2020/2021 beschließen würden, auch an den Beratungen des Gutachtens zum REHK beteiligt sein sollten, da dieses ja eine Grundlage des RPS 2020/2021 sein werde.

Herr Dr. Sydow (DIE GRÜNEN) verwies auf den REHK-Termin am 17.06.2016, an dem die Möglichkeit zum Nachfragen bestand. Leider sei diese Möglichkeit nicht genutzt worden. Das REHK habe das Ziel, dem großflächigen Einzelhandel „Zügel anzulegen“ zugunsten der Innenstädte und des kleineren Einzelhandels. Für ihn stelle sich nun die Frage, ob daran festgehalten oder ob dies aufgeweicht werden solle.

Herr Herkströter (CDU) erklärte, dass der Antrag auf Vertagung keine Folgen im Sinne der von Herrn Dr. Sydow geäußerten Frage habe. Es gebe ein bestehendes REHK, das durch den VGH im Zusammenhang mit großflächigem Einzelhandel in Bad Vilbel (Segmüller) bestätigt wurde. Es sei problematisch, die Vorlage heute zur Kenntnis zu nehmen, da mit einer Kenntnisnahme auch den in der Vorlage genannten Handlungsempfehlungen zugestimmt würde. Da man diesen jedoch nicht folgen wolle, sei eine Kenntnisnahme heute nicht möglich.

Frau Huf und Herr Dr. Sydow (DIE GRÜNEN) baten um Vorlage des angekündigten Antrages bis zum Abend des 23.06.2016.

Herr Röttger (CDU) bedauerte es, dass der Abstimmungsprozess zum Antrag aufgrund anderer Probleme -TPEE und der damit verbundenen Diskussion über den § 25HGO- noch nicht abgeschlossen sei. Der Antrag werde vor den Beratungen des HPA vorliegen. Eine Vorlage bis zum Abend des 23.06.2016 könne er jedoch nicht verbindlich zusagen.

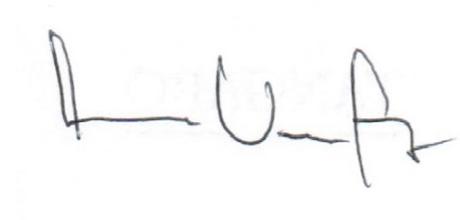
Abschließend stellte **Herr Kraft** fest, dass die **Drs. Nr. VIII / 67.10** zur Kenntnis genommen wurde und dass für die morgige Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses ein Antrag angekündigt sei, woraus hervorgehe, wie weiter in der Evaluierung einerseits und mit den Empfehlungen aus dem Gutachten andererseits umgegangen werden solle.

Hiergegen gab es keine Einwände.

Zu TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Herr Kraft** um 9:25 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender des
Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Uwe Kraft', written in a cursive style.

Uwe Kraft

Schriftführerin

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Conny Scheuermann', written in a cursive style.

Conny Scheuermann